

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Bezugpreis: Durch unsere Seiten frei ins Haus monatlich 30 Pfg. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 20 Pfg. u. wöchentlich 10 Pfg. Bei der Post bestellbar und selbst abgeholt monatlich 1.00 Mk., monatlich 30 Pfg. Durch den Briefträger frei ins Haus monatlich 2.25 Mk., wöchentlich 74 Pfg. Erhalten täglich in den Mittagsstunden, mit Ausnahme von Sonntagen und Feiertagen. Unsere Anzeigenblätter und Anzeigenblätter, sowie alle Inserate und Anzeigen nehmen Bestellungen entgegen.

Infektionspreis: Die hohen epidemischen Krankheiten oder deren Ausbruch für Infektions aus dem und den Umständen der Amtsanzeige monatlich 3.00 Mk., wöchentlich 1.00 Mk., monatlich 30 Pfg. Bei größeren Anzeigen entsprechende Rabatte. Inserate von Anzeigen die sich über mehrere Monate erstrecken, für die Dauer der Anzeigen ermäßigt werden. Bei nicht gezielten Anzeigen, wenn die Aufgabe des Infektions durch den Anzeiger erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 290.

Dienstag, den 14. Dezember 1915.

10. Jahrgang

Die Verfolgungskämpfe in Mazedonien.

Die amerikanische Ancona-Note.

Wissen verlangt Befreiung des U-Boots Kommandanten und Schiffsbesatzung.

(Meldung des Reuterschen Büros.) Der Text der Note der Vereinigten Staaten an Österreich-Ungarn über die Verletzung des Dampfers Ancona lautet wie folgt: Es liegen verlässliche Informationen von amerikanischen und anderen überlebenden Passagieren der Ancona vor, die zeigen, daß das Unterseeboot, das die österreichisch-ungarische Flagge führte, auf den Dampfer scharf schoß und der Dampfer deshalb zu entkommen trotzete, ferner, daß nach kurzem Zeitraum, ehe noch Besatzung und Passagiere alle in Stande waren, die Boote zu besteigen, das Unterseeboot eine Anzahl von Geschossen auf das Schiff abfeuerte und es schließlich torpedierte und versenkte, während noch Passagiere an Bord waren. Durch das Geschützfeuer und den Untergang des Schiffes verloren viele Personen ihr Leben oder wurden ernstlich verletzt. Darunter befanden sich Bürger der Vereinigten Staaten. Die Erklärung des österreichisch-ungarischen Marineattachés über den Vorfall bestätigt im großen und ganzen die hauptsächlichsten Erklärungen der Überlebenden, da sie zugibt, daß die Ancona, nachdem sie beschossen worden war, torpediert wurde, während sich noch Personen an Bord befanden. Die österreichisch-ungarische Regierung kennt aus der Korrespondenz zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland die Haltung der Regierung der Vereinigten Staaten bezüglich des Gebrauches von Unterseebooten zum Angriff auf Handelsschiffe und weiß, daß Deutschland dieser Auffassung Rechnung getragen hat. Trotzdem brachte der Kommandant des Unterseebootes, das die Ancona angriff, die Besatzung und die Passagiere nicht in Sicherheit, das zu zerstören beabsichtigt war, offenbar weil man es nicht als Prise in einen Hafen bringen konnte.

Die Regierung der Vereinigten Staaten hält dafür, daß der Kommandant des Unterseebootes die Grundzüge des Völkerrechts und der Menschlichkeit verletzte, indem er die Ancona beschoss und torpedierte, ehe die Personen an Bord in Sicherheit gebracht worden waren, oder ihnen genügend Zeit gegeben hat, das Schiff zu verlassen. Das Vorgehen des Kommandanten kann nur als mutwillige Tötung schizophoner Nichtkämpfer aufgefaßt werden; denn das Schiff leistete, als es beschossen und torpediert wurde, anscheinend keinen Widerstand und versuchte auch nicht zu entkommen. Keine andere Ursache wäre eine genügende Entschuldigung für einen solchen Angriff, selbst nicht das Befehlen der Möglichkeit einer Rettung. Die Regierung der Vereinigten Staaten nimmt deshalb an, daß der Kommandant des Unterseebootes entweder gegen seine Instruktionen handelte oder daß die österreichisch-ungarische Regierung dem Kommandanten des Unterseebootes nicht solche Instruktionen gegeben hat, die mit dem Völkerrecht und den Grundgesetzen der Menschlichkeit übereinstimmen. Die Regierung der Vereinigten Staaten will nicht leichteres annehmen und der österreichisch-ungarischen Regierung die Absicht zuschreiben, hilflose Leben zu zerstören. Sie glaubt eher, daß der Kommandant des Unterseebootes ohne Auftrag und gegen die Instruktionen, die er erhielt, handelte. Da die guten gegenseitigen Beziehungen der beiden Länder auf der Beobachtung des Gesetzes und der Menschlichkeit beruhen müssen, kann man von den Vereinigten Staaten nichts anderes erwarten, als daß sie verlangen, daß die R. u. K. Regierung die Verletzung der Ancona als eine ungesetzliche, unverantwortliche Tat bezeichne, daß der Offizier, der sie beging, bestraft und daß Schadenersatz für die getöteten und verwundeten amerikanischen Bürger durch Zahlung von Bergütungssummen geleistet werde.

Die Regierung der Vereinigten Staaten erwartet, daß die österreichisch-ungarische Regierung die Schwere des Falles einsehen und allen Wünschen prompt nachkommen wird. Sie glaubt das deshalb, weil sie nicht annimmt, daß die österreichisch-ungarische Regierung eine Handlung gutheißt und verteidigt, die von der Welt als unmenschlich und barbarisch verurteilt wird, allen zivilisierten Völkern schrecklich erscheint und den Tod unschuldiger amerikanischer Bürger verursacht hat. (W. T. B.)

Griechenland vor neuen Entscheidungen.

Griechische Jurisdiktion vor den Bulgaren? Reuter meldet aus Saloniki vom 10. Dezember: Gesetzen und heute haben die Obersten Pallis und

Der amtliche Kriegsbericht von heute!

Großes Hauptquartier, 14. Dezember vorm.
Westlicher Kriegsschauplatz.
Keine wesentlichen Ereignisse.
Ostlicher Kriegsschauplatz.
Keine wesentlichen Ereignisse.
Balkan-Kriegsschauplatz.
Südwestlich und südlich von Plewje haben die österreichisch-ungarischen Truppen den Feind erneut zum Weichen gebracht. Dort und in den Ost-Montenegrinischen Bergen wurden etwa 2500 Gefangene eingbracht. Oberste Heeresleitung.

Stalos vom griechischen Generalstab mit General Sarrail eine Unterredung gehabt, die sich auf die Fragen der militärischen Lage in Mazedonien bezog. Ein Saloniker Blatt erzählt aus französischer Quelle, Pallis habe im Auftrage der griechischen Regierung erklärt, daß die griechische Armee, wenn die bulgarischen Truppen die Ententetruppen auf griechisches Gebiet verfolgen, sich zurückziehen werde, um jeden gefährlichen Zusammenstoß zu vermeiden. Dieser Bericht habe große Sensation hervorgerufen. — Athener Blätter melden: Die griechische Regierung erwiderte die teilweise Demobilisation, und zwar wahrscheinlich zunächst der halben Armee. — (Meldung der Agence Havas.) Wie aus amtlichen Kreisen verlautet, steht die endgültige Regelung der zwischen Griechenland und dem Biederband schwebenden Fragen nicht mehr auf ernstlicher Schwierigkeiten. Im Laufe der Zusammenkunft zwischen Staludis und den Befehlshabern der Entente am Freitag wurde die Gemeinsamkeit der Auffassung in den Hauptzügen festgestellt. General Pallis telegraphierte aus Saloniki, daß diese Besprechungen fortgeschritten und rasch einer befriedigenden Lösung entgegengehen.

Keine griechischen Verhandlungen mit Deutschland. Aus Athen wird gemeldet: Die Nachricht, daß Verhandlungen mit Deutschland wegen eines Vorstoßes an Griechenland bevorstehen, ist unwahr. (W. T. B.)

Griechisch-bulgarische Verhandlungen. Aus Athen wird gemeldet: Diefelge Blätter messen mit Rücksicht auf die außerordentliche Zeit den Unterredungen, die der bulgarische Gesandte in Athen am Sonntag mit dem Ministerpräsidenten Staludis und dem Generalstabschef Dusmanis führte, große Bedeutung bei. In den Beratungen seien auch mehrfach der Kriegsminister und der Minister des Innern gezogen worden.

Entfernung des deutschen Konsuls abgelehnt. Mit Saloniki ist die bis vor drei Tagen bestehende Bahn- und Telegraphenverbindung hierher durch die Bulgaren vollständig abgeschnitten. Die letzte Meldung von dort besagt, daß Frankreich und England auf die Entfernung des deutschen und österreichischen Konsuls aus Saloniki drängen. Der griechische Militärgouverneur lehnte dieses Verlangen unter Hinweis auf die griechische Souveränität auf das entschiedenste ab. Die griechische Militärverwaltung traf in angukerkennender Weise Vorkehrungen für den Schutz dieser Konsulate, doch ist es nicht ausgeschlossen, daß die Entente in diesem Augenblick, wo sich alles kristallisiert, zu einem Gewaltstreik Jussucht nimmt. Die in Saloniki weilenden Flüchtlinge werden unter französischer Leitung zu neuen Verbindungen gruppiert.

Keine Räumung Salonikis. Das Reutersche Büro erzählt aus diplomatischer Quelle, daß die Verbündeten fest entschlossen sind, Saloniki nicht zu räumen. (W. T. B.)
Zu verarmte Saloniki. Ein Diplomat, der aus Saloniki in Sofia eintraf, erzählte dem Berichterstatter des Ag. Gr., Saloniki, die

einst so reiche Stadt, sei ganz verarmt. Die Entente-Landungen haben den Handel vollständig zugrunde gerichtet. Ein großer Teil der Einwohnerschaft ist an den Bettelstab geraten. Der Hafen ist von Kreuzern und Spitalschiffen überfüllt. Die Spitalschiffe sind voll belegt, so daß auch die öffentlichen Gebäude in der Stadt als Spitäler eingerichtet wurden. Das französisch-englische Flottenkommando sucht fortwährend deutsche Unterseeboote. Die eintreffenden Truppen werden ausschließlich in Kanonenbooten ans Land gebracht, um auf diese Weise weniger Schaden zu haben, wenn ein deutsches Unterseeboot das Schiff versenken sollte. Die Offiziere der Ententetruppen gehen mit den Bewohnern sehr gewaltfam um. Unlängst erst wurde angeordnet, daß der Straßenbahnverkehr eingestellt werden muß. In den Straßen sieht man fortwährend starke Patrouillen, die oft mit griechischen Soldaten zusammenstoßen. Serbische Flüchtlinge sind in großen Massen in Saloniki eingetroffen. Sie laufen einige Tage herum, und wenden sich dann an den deutschen, den österreichisch-ungarischen oder bulgarischen Konsul und ersuchen um die Erlaubnis, in die Heimat zurückkehren zu können. König Konstantin werde die Neutralität des Landes auf alle Fälle aufrechterhalten. In Griechenland tobt jetzt der Wahlkampf mit solcher Heftigkeit, daß das Resultat der Wahlen das Volk sogar mehr interessiert als die außerpolitischen Verhältnisse. Venizelos hat sich scheinbar zurückgezogen, hofft aber noch immer, daß er wieder ans Ruder kommen wird. Die ganze Bevölkerung Griechenlands ist von unserem Siege überzeugt und schont nur Frankreich, dem gegenüber eine große Sympathie herrscht. Allgemein wird anerkannt, daß König Konstantin ausschließlich rein griechisch-nationale Politik treibt. Jedermann ist davon überzeugt, daß nur sein Eingreifen das Land vor dem Schicksal Serbiens und Belgiens gerettet hat.

Ein Armeebefehl des bulgarischen Generalissimus.

Aus Sofia wird berichtet: Der Generalissimus Jelow erließ einen Armeebefehl an die Truppen, in dem es heißt, daß die erste Armee Wladjefski durch die anhaltende Offensive in schönster Harmonie mit den Verbänden ihre schwere Aufgabe glänzend gelöst habe. Die zweite Armee habe durch den Siegeszug in Mazedonien einen ewigen Dank des bulgarischen Volkes geerntet. Die Armee hätte es vollbracht, zu verbinden, daß Mazedonien, die Wiege des bulgarischen Nationalgebührens, durch französische Barbarei verunglimpft werde.

20 000 englisch-französische Gefangene.

Aus Sofia wird gemeldet: Die Zahl der von den Bulgaren bisher gemachten englischen und französischen Gefangenen nähert sich jetzt zwanzigtausend, hauptsächlich aus dem Erna- und Bardar-Gebiet.

Serbische Grenelaten.

Serbische Truppen, die sich aus Pringren und Dibra zurückzogen, schleppten, wie aus Sofia berichtet wird, viele bornehme mazedonische Personlichkeiten mit sich, die sie unterwegs grausam hinrichteten. Die Bulgaren fanden auf ihrer Verfolgung überall die Leichname Ermordeter.

Peters Königskrone erbeutet.

Aus Budapest wird der W. J. berichtet: Die Balkanische Post meldet, daß die Königskrone Peters von Serbien von den Bulgaren in einem erbeuteten Automobil gefunden worden sei. Die Richtigkeit dieser Meldung ist nicht verbürgt, wird aber jetzt für wahrscheinlich gehalten, zumal bei den Verwandten früherer serbischer Staatsmänner wertvolle serbische Kostbarkeiten vorgefunden wurden.

Zwei englische Hilfskreuzer umgegangen.

W. Billag meldet aus Athen: Einige Meilen von der Insel Mytilene entfernt liefen zwei englische Hilfskreuzer die Patrouillendienste leisteten, auf eine Mine und gingen mit der ganzen Mannschaft unter.

Keine Friedenssuche in Frankreich.

Davas meldet: Auf die Erklärungen des deutschen Reichstagsabgeordneten Scheidemann, daß in Frankreich Friedenssuche herrsche, erklärt die französische Presse einstimmig, daß in Frankreich noch nicht eine einzige Zusammenkunft zugunsten des Friedens stattgefunden hat.